

## Kritik an Staatsvertrag

(Schwarzwälder Bote 18.10.2001)

### Regelwerk lasse viele "Schlupflöcher" offen

Kreis Waldshut (hüf). Der Staatsvertrag über den Flugverkehr lässt mehr Schlupflöcher als Boris Palmer dachte. Der Verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg stellte bei einem Gespräch mit Vertretern der Bürgerinitiativen und dem Flughafen Kloten fest, dass der Vertrag nicht präzise ausgehandelt wurde und Bedarf an Nachverhandlungen besteht.

Nötig sei eine Neubewertung, ob eine gerechte Lastenverteilung erreicht werde, wenn der Flugbetrieb nach dem Swissair-Debakel nachlasse. Dies wäre nach Ansicht von Palmer eine neue Geschäftsgrundlage. Mobilitätszerstörer und Wachstumshemmer habe man die Grünen genannt, als sie ein Nachtflugverbot für den Stuttgarter Flughafen forderten.

Palmer ist aber sicher, dass die Bevölkerung am Hochrhein nach der Vertragsunterzeichnung Erleichterungen durch das Nachtflugverbot bekommt. Dennoch fordern die Grünen, den Vertrag nicht erst in acht Jahren auf den Prüfstand zu stellen, sondern bereits in einem Jahr. Dem Berliner Verkehrsminister Kurt Bodewig empfehlen sie in einem Schreiben, noch einen Passus einzufügen, der die Überprüfung des Vertrags in einem Jahr ermöglicht. Ansonsten dürfe er seine Unterschrift nicht unter dieses Abkommen setzen. Geri Müller von den Aargauer Grünen stellte die Reduzierung des Verkehrs auf EU-Ebene in den Mittelpunkt. Felix Müller, Grüner Kantonsrat in Zürich, hält den Vertrag deshalb für sinnvoll, weil damit über den Flughafen diskutiert werden kann. Schließlich wollten auch die Anwohner nicht 24 Stunden Fluglärm.

Auch Walter Schneider, Erster Landesbeamter des Landkreises, nahm Stellung. Er hält nach wie vor die Verfassungsmäßigkeit des Staatsvertrags für problematisch. Sie sei ein Grund, den Vertrag noch auszuhebeln, was auch der Vertreter der Gemeinde Hohentengen forderte. Von den Grünen erbat sich Schneider Unterstützung, dass der Vertrag entsprechend restriktiv ausgelegt werde.

Aus Sicht des "unique-airport" bringt die Umsetzung des Staatsvertrags ab 19. Oktober in einer ersten Phase vor sechs Uhr morgens keine Flüge mehr. Außerdem kündigte der Vertreter der Flughafenfirma ein neues Betriebsreglement für Flüge aus Richtung Süden an. Die Planungen des Flughafens würden am 27. Oktober auf den Tisch gelegt.